

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Traktatdruck
Tagesblatt Riesfa,
Fremder Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptpostamts Weißen bei der Reichspost bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1882,
Straßen:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 5.

Donnerstag, 7. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Druckpreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 2 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kellameille 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und labellarischer Satz 50% Aufschlag. Besondere Tarife. Bewilligte Rabatte erklärt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesfa. Wichtige Anzeigenbestellungen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Druckpreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfa.



Der französische Kriegsminister Maginot †

Paris, 7. Januar. Kriegsminister Maginot ist heute früh um 2 Uhr französischer Zeit gestorben.

Die Gemeinde soll regieren.

In dem Vorschlag von Dr. Popitz.

Wer es bisher noch nicht gemerkt hat, dem dürften es jetzt die Zeichen allmählich sagen: das Problem der Reichsreform rückt wieder einmal dem Mittelpunkt nahe. Zwar vorläufig sind es noch die großen außenpolitischen Aufgaben: Reparation und Abrüstung, die den Reichsminister und die Regierung beschäftigen. Aber im Wechselspiel der äußeren und inneren Aktionen wird demnächst wieder einmal die innere Reform am Tage sein. Denn der gewaltige Wirtschaftsumbau, der mit der Notverordnung vom 8. Dezember verknüpft wurde, kann nicht ohne tiefgehende Mitwirkung auf das staatliche Leben bleiben. Hier sieht lebhaft mit Kürzungen von Gehältern und Entlassungen von Arbeitskräften zu helfen, wäre ein ganz unrentabler Schematismus. Aus allerlei Anordnungen der letzten Zeit kann geschlossen werden, daß Dr. Brüning in der Tat nicht auf halbem Wege stehen bleiben will. Von anderer, vielleicht rivalisierender Seite, bekommt er ermunternde Hinweise. So tritt z. B. jetzt wieder der frühere Reichswehrminister Dr. Goeller, ein Mann mit ergeizigen politischen Plänen, in einem Zeitungsartikel für eine Reichsreform ein, die auch Empfindlichkeiten nicht schonen dürfte.

Die bisherigen Verluste zur Reichsreform sind praktisch an dem Widerstand der Länder gescheitert. Diese haben damit eine politische Lebenskraft bewiesen, die nur unter ganz ungewöhnlichen Verhältnissen für eine Selbstumwandlung zu gewinnen sein wird. An einem ganz andern Punkte als bisher steht daher der viel erörterte Reformvorschlag des Staatssekretärs a. D. Dr. Popitz an, der sich beschreiben hinter dem Namen einer Reform des Finanzverhältnisses verbirgt. Das ist allerdings nur eine sehr durchsichtige Verhüllung, denn der Schlüssel der Reichsregierung liegt selbstverständlich bei der Verteilung der Einnahmen.

Dr. Popitz will das ganze Verwaltungssystem zu einem guten Teil umwälzen, indem er den Gemeinden eine neuartige Stellung gibt. Zum Teil eine bedeutendere, zum Teil eine schwächere. Die klassische Selbstverwaltung der Gemeinden hat ja in den letzten Jahren erheblich gelitten. Jetzt soll die gemeindliche Selbstverwaltung wieder stärker gemacht und dem englischen Vorbild des „local government“ angelehnt werden. Innerhalb der neuen Freiheit sollen freilich die Gemeinden an strenge finanzielle Vorschriften gebunden sein, die in einer für das ganze Reich gültigen Gemeinde-Haushaltsordnung enthalten sind. Auf der andern Seite sollen die Gemeinden wiederum grundsätzlich stärker auf eigene Einnahmen gestellt werden. Dr. Popitz will also die finanzielle Dreiteilung in Reich, Länder und Gemeinden beseitigen und sie durch eine Hverteilung in Reich und Länder auf der einen, die Gemeinden auf der andern Seite ersetzen. Mit seinen eigenen Worten ausgedrückt: der „zentralen Finanzmasse“ soll künftig die „lokale Finanzmasse“ gegenüberstehen.

Diese finanzielle Verleibung der Gemeinden ist das erste große Prinzip des Popitzschen Reformvorschlags. Der zweite Grundgedanke besteht in einer Abwälzung der gemeindlichen Steuerlast von Grundbesitz und Gewerbe auf die Masse der Steuerzahler. Dr. Popitz will wieder das Prinzip zur Anwendung bringen, das die Gemeinden, die in den Gemeindeparlamenten die Steuern beschließen, sie auch bezahlen. Trotzdem will er nicht den berühmten Grundsatz der preussischen Steuerreform Riquels verlassen, wonach für die Gemeinden jene Steuerarten besonders geeignet sind, die aus dem Grund und Boden und der Wirtschaft des Gemeindegebiets sich herleiten. Die große, von Popitz geforderte Gemeinde-einkommensteuer soll daher die Form einer Wohnsteuer haben, die 10 Prozent der Miete betragen, während die Hauszinssteuer, wenigstens für die Gemeinden, wegfällt; die bisherige gemeindliche Grundsteuer soll unter Senkung ihres Ertrages auf drei Fünftel, durch einen Zuschlag zur Wohnsteuer ersetzt werden. Auch die Ge-

Goerdeler fordert völlige Beseitigung der Tribute.

„Nur bei völliger Streichung der Reparationen kann die deutsche Wirtschaft gefunden.“

Leipzig. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der Reichskommissar, hat in der ersten Sitzung der Leipziger Stadtverordneten am Mittwoch eine Ansprache von großer Bedeutung gehalten: Er führte u. a. aus:

„Trotz aller Schwierigkeiten, die sich im Jahre 1932 einstellen, trotz der Verringerung von 12 Millionen Reichsmark und trotz Verdoppelung der Zahl der Erwerbslosen und dadurch bewirkter Mehrbelastung von elf Millionen Reichsmark hat die Stadt Leipzig ihre Fähigkeit zu prompter Zahlung aufrecht erhalten. Nach menschlichem Ermessen wird die Stadt auch das Jahr 1932 ohne finanzielle Erschütterungen zu überleben vermögen, wobei allerdings erste Voraussetzungen die Aufrechterhaltung völliger Ordnung in den Finanzen ist! Die Ordnung der öffentlichen Finanzen ist die Grundlage für das Gelingen jeder Wirtschaft; die Schwierigkeiten für die Leipziger Verwaltung liegen darin, daß die Steuern nicht mehr erhöht werden können; die Steuerlast ist überbrückt, die Steuererträge sind rückläufig! Die Sicherung des öffentlichen Haushaltes kann im Jahre 1932 nicht mehr mit technischen Mitteln erfolgen, wir müssen an diese Hauptfrage ausbauend herangehen; vor allem muß die Arbeitslosenfürsorge umgeformt werden auf ein System, das für die Gemeinden unerträglich geworden ist. Dabei ist das wichtigste, daß den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitsbeschäftigten gegeben wird, aber keinesfalls durch irgendwelche Subventionen! Eine Befruchtung unserer Wirtschaft kann nur erfolgen durch Entlastung des Kapitalmarktes durch Bildung von Binnenkapital und durch rationelle Vereinfachung unserer Verwaltung und Wirtschaft, womit aber nicht Erlass der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen gemeint ist! Es ist einseitig klar zu erkennen, welche Maßnahmen wir ergreifen müssen: Immer mehr Volkswirtschaften suchen, sich aus eigener Kraft zu erholen; das Ausland wehrt sich gegen die Aufnahme deutscher Industrierzeugnisse; dieser Vorgang bestimmt in erster Linie unsere Arbeit in Verwaltung und Wirtschaft für 1932. Wir werden darauf angewiesen sein, aus eigener Kraft über die Schwierigkeiten hinwegzukommen und dabei nicht nur die Binnenwirtschaft zu pflegen, sondern durch Senkung der Selbstkosten die Möglichkeit zur Ausfuhr zu behalten, um wenigstens die uns nötigen Rohstoffe bezahlen zu können. Das Ausland aber wird erkennen, daß eine solche Beschränkung der Volkswirtschaft den Rückgang der Lebenshaltung und der stillistischen Errungenschaften nach sich zieht. Wir müssen zu einer vernünftigen und gesunden internationalen Wirtschaft kommen.“

„Erste Pflicht der öffentlichen Verwaltung im Jahre 1932 ist Vereinfachung ihres Apparates; das gilt namentlich auch für das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern!“

Wenn wir aber 1932 besser werden wollen, als wir es beginnen, dann ist nach meinen Erfahrungen in Berlin notwendig die endgültige Beseitigung der Reparationen! Verschwinden die Reparationen 1932 nicht endgültig aus der Wirtschaft und Zahlungsabhang des deutschen Volkes, dann werden weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber noch irgendwelchen wirtschaftlichen Nut aufbringen können!“

Der Reichskommissar für Preisüberwachung.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, beabsichtigt, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, seine Arbeit als Reichskommissar bis zum Ende des laufenden Monats zum Abschluß zu bringen. Dr. Goerdeler wird dann sofort einen genauen Bericht an die Reichsregierung erhitaten. Die Erfolge der Preislenkungsaktion werden darin aufgezählt werden. Eine eingehende Würdigung sollen jedoch auch die Hemmnisse und Schwierigkeiten erfahren, die sich der Preislenkung an einzelnen Punkten in den Weg gestellt haben. Dr. Goerdeler wird dabei wahrscheinlich alle der Preislenkung abträglichen Punkte aus den Erfahrungen der letzten Wochen heraus klar bezeichnen. Die Reichsregierung wird dann entscheiden müssen, ob sie auf nachgehendem Wege zum mindesten einen Teil dieser Hemmnisse beseitigen will. Da Dr. Goerdeler bei der Senkung der Lebensmittelpreise vielfach auf die schädlichen Wirkungen der hohen Einfuhrzölle stieß, ist es durchaus möglich, daß der Reichsminister auch dieses Problem, einer Preislenkung entgegenstehende Hindernis freist. Der verhältnismäßig rasche Abschluß der Arbeit des Reichskommissars ist daraus zur Zufriedenheit, daß sich Dr. Goerdeler von einer Hinauszögerung und Verzettelung der Preislenkungsaktion nicht verspricht. Sein Ziel war, die möglichen Senkungen und Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Erklärung der Reichsregierung „in einem Zuge“ zur Durchführung zu bringen. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Aufrechterhaltung der Preislenkungen fortlaufend weiter beobachtet und einem Wiederauftreten der Preise entgegenzuwirken wird. Diese Tätigkeit soll aber, um eine dauernde Beunruhigung des Wirtschaftslebens zu vermeiden, wirklich auf Überwachung beschränkt werden und nicht zu immer neuen Preislenkungsaktionen führen. Für die letzten drei Wochen der eigentlichen Preislenkungsaktion hat sich Dr. Goerdeler, der am Mittwoch abends als Oberbürgermeister zu einer Stadtverordnetenversammlung nach Leipzig fahren mußte, ein umfangreiches Programm vorgenommen. In der Frage der Herabsetzung der Gas- und Elektrizitätspreise soll mit Beschleunigung eine Entscheidung herbeigeführt werden, das gleiche gilt von der Senkung des Bierpreises und der Herabsetzung der Röhrenspanne, die eine weitere Senkung der Brotpreise erlauben würde. Nicht komplizierte Untersuchungen sind in Bezug auf die Senkung des Benzinspreises notwendig. Da in einzelnen Gegenden Deutschlands der bisher gewährte zweiprozentige Rabatt auf die notwendigen zehnpromtente Preislenkung angerechnet wurde, soll die Berechtigung dieser Maßnahme geprüft werden. Es ist durchaus möglich, daß dabei der Reichskommissar zu dem Beschluß kommt, daß durch eine nur achtprozentige Senkung des Benzinspreises die Bestimmungen der Notverordnung nicht erfüllt sind. Schließlich soll bei Gegenständen des täglichen Gebrauchs, für deren Herstellung Spiritus erforderlich ist, festgestellt werden, in welchem Verhältnis der Spirituspreis bei dem Verkaufspreis der Ware beruht. Die Verordnung über die Abhängigkeit von Preisberechnungen wird nach Anweisung des Reichskommissars auf sämtliche Lebensmittel ausgedehnt. Jede Hausfrau soll dadurch in die Lage versetzt werden, beim Einkauf schon durch einen Blick in das Schaufenster die Lebensmittelpreise in den einzelnen Geschäften vergleichen zu können.

Unterredung Brüning-Groener-Dittler.

Berlin. (Zuspruch.) Im Laufe des Freitags wird eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister Dr. Groener und dem Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler stattfinden, deren Gegenstand im wesentlichen innerpolitische Fragen bilden. Dabei wird vornehmlich das Verhalten der nat. soz. Partei zur Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl zur Erörterung kommen.

Die Person des Reichspräsidenten bedeutet, das ist gerade in diesen Tagen bei Gelegenheit der Neujahrsansprache wieder einmal ganz deutlich geworden, mit das größte Axiom, das Deutschland in der Welt besitzt. Eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg würde schon deshalb von größter Bedeutung sein. Bisher ist nur die Haltung der NSDAP zu einer dahingehenden Initiative ungeklärt. Obwohl in letzter Zeit, so z. B. in Form der Neujahrsgrüßwünsche Dittlers an den Reichspräsidenten, eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der erwähnten Tatsachen zu erkennen scheint. Da es äußerst wünschenswert wäre, diese Frage schon vor den demnächstigen internationalen Konferenzen klarzustellen, ist die Besprechung, eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der erwähnten Tatsachen zu erkennen scheint. Da es äußerst wünschenswert wäre, diese Frage schon vor den demnächstigen internationalen Konferenzen klarzustellen, ist die Besprechung, eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der erwähnten Tatsachen zu erkennen scheint. Da es äußerst wünschenswert wäre, diese Frage schon vor den demnächstigen internationalen Konferenzen klarzustellen, ist die Besprechung, eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der erwähnten Tatsachen zu erkennen scheint.

werbesteuer soll auf drei Fünftel fallen. Bürgersteuer soll nur von Personen erhoben werden, die nicht wohnortspflichtig sind; Getränke- und Biersteuer bleiben. Reider wird der Grundgedanke von Popitz, die Gemeinden auf ihre eigene Steuerkraft zu stellen, durch diese Vorschläge nicht erfüllt. Denn noch seiner eigenen Berechnung würden die Gemeinden künftig aus eigenen Steuern 2875 Millionen Mark erhalten, wonach immer noch ein Fehlbetrag von 1075 Millionen bleiben würde. So groß war der Rest bisher auch schon; er wurde durch staatliche Ueberweisungen gedeckt. Wie soll er nach Popitz künftig gedeckt werden? Nun, ebenfalls durch Ueberweisungen, die jetzt allerdings den Namen „Zuweisungen“ tragen. Praktisch ändert sich also an dem bisherigen Verfahren nichts. Grundständig freilich ist der gemeindliche Finanzbedarf künftig primär aus eigenen Steuern zu decken, und der Staat hat es in der Hand, den Zuweisungsbetrag immer knapper zu halten. Auf der gleichen Linie liegt es, wenn den Gemeinden die gesamte Erwerbslosenfürsorge aufgelastet werden soll, die sie dann durch eine Notabgabe je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (einschließlich Beamten) zu bestreiten hätten.

Nicht nur dieser letzte Gedanke zeigt, daß der Popitzsche Plan außerordentlich viel politisches Sprengpulver enthält. Er bringt auch den Gemeinden eine Art von Freiheit, die vielen nicht sonderlich willkommen sein wird, und schränkt überdies diese Freiheit durch sehr genaue Richtlinien und häufige Einschaltung der Staatsaufsicht ein. Trotzdem bleibt der Popitzsche Plan ein äußerst gewisses und gründliches Werk, das auf die künftige Verwaltungsreform starken Einfluß haben wird.